



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



**FRAUEN
WOLLEN
MEHR!**

UNS GEHT'S UMS GANZE

WOFÜR WIR KÄMPFEN:

Weltweit gehen Frauen für ihre Rechte auf die Straße. Sie fordern Gleichberechtigung und Mitbestimmung, Selbstbestimmung über den eigenen Körper und Präsenz in der Politik wie in den Vorstandsetagen. In den vergangenen Jahren haben wir Grüne im Bundestag uns unermüdlich für diese Ziele starkgemacht. Wir haben zwar schon viel erreicht, doch es bleibt immer noch genug zu tun: Wir wollen, dass Frauen genauso viel verdienen wie Männer, und streiten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir kämpfen für ein lückenloses Sexualstrafrecht und fordern, Gewalt gegen Frauen entschlossen zu begegnen.



Foto: Murat Tueremis/taif

Foto: David Bathgate/Redux/taif



Mit neuem Nachdruck bringt die Corona-Krise bestehende Benachteiligungen ans Licht: Frauen arbeiten öfter in Berufen, die zwar systemrelevant, aber nicht gut bezahlt sind. Sie tragen auch in der Pandemie die Hauptlast an Betreuungs- und Haushaltsarbeit. Und sie sind nach wie vor verstärkt von häuslicher Gewalt betroffen. Deshalb ist es wichtig, alle Krisenmaßnahmen mit besonderem Blick auf ihre Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen.

Wir Grüne im Bundestag wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt sind, selbstbestimmt und solidarisch. Mädchen und Frauen sollen so leben, wie sie es wollen, ihre Potenziale entfalten und Grenzen überwinden. Wir setzen uns dafür ein, dass sie es können: wirtschaftlich unabhängig, geschützt vor Gewalt, rechtlich gleichgestellt.

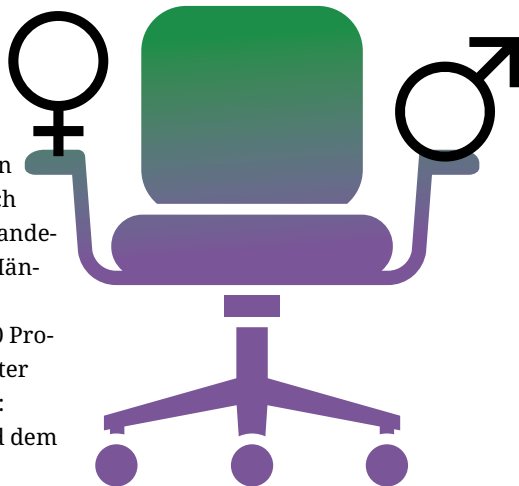


WIR FORDERN:

- » MEHR FRAUEN IN POLITIK UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN
- » GLEICHBERECHTIGUNG AUF DEM ARBEITSMARKT UND IN DER FAMILIE
- » FINANZIELLE UNABHÄNGIGKEIT, GERECHTE STEUERPOLITIK
- » EIN SELBSTBESTIMMTES UND VIELFÄLTIGES LEBEN FÜR ALLE
- » SCHLUSS MIT GESCHLECHTS-SPEZIFISCHER GEWALT
- » FEMINISTISCHE POLITIK WELTWEIT

PARITÄT AN DER SPITZE

Frauen tragen die Hälfte des Himmels, so heißt es. Kein Wunder – die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich. Doch beim Blick in die deutschen Parlamente zeigt sich ein anderes Bild. Bis heute sind dort weit weniger Frauen als Männer vertreten. 2017 ist der Frauenanteil im Bundestag sogar deutlich abgesunken und liegt derzeit bei nur 30 Prozent. In den Landtagen sieht es teilweise noch schlechter aus. Männer dominieren die Szene. Und nicht nur das: Sie prägen der Politik, der Wirtschaft, den Medien und dem Sport ihren Stempel auf. Müssen wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch erwähnen, dass Frauen andere Perspektiven haben, andere Schwerpunkte setzen? Müssen wir begründen, warum Frauen überall gleichberechtigt vertreten sein müssen? Nein, aber wir müssen immer noch dafür kämpfen, dass es so ist.



Der politischen Ebene kommt eine entscheidende Rolle zu. Auch deshalb muss die Hälfte aller Parlamente weiblich sein. Wir fordern gesetzliche Regelungen, um alle Parlamente paritätisch zu besetzen.

AUCH IN DEN VORSTANDSETAGEN

In der Wirtschaft wurde ebenfalls lange auf das Prinzip der Freiwilligkeit gesetzt. Doch das Ergebnis ist ernüchternd. Über alle Branchen hinweg sind Frauen in Führungspositionen und Vorständen mit der Lupe zu suchen. So auch im Gesundheitswesen: In den Vorständen deutscher Krankenkassen liegt der Frauenanteil nur zwischen 0 und 21 Prozent. Appelle haben wenig bis gar nichts gebracht. Unser Ziel ist es, Personal auf allen Ebenen paritätisch zu besetzen. Wir fordern eine Mindestquote von 33 Prozent für Vorstände bör-

sennotierter und mitbestimmter Unternehmen und eine Ausweitung der festen Quote für Aufsichtsräte auf mindestens 40 Prozent. Mittlerweile haben auch ehemalige Quotengegner*innen, darunter prominente Frauen, ihre Meinung geändert. Sie mussten einsehen: Niemand gibt seine Privilegien freiwillig her.

WIR FORDERN:

- Gesetzliche Regelungen, um alle Parlamente paritätisch zu besetzen
- Gleichberechtigte Vertretung von Frauen in Führungspositionen und Vorständen

GLEICHBERECHTIGT AUF DEM ARBEITSMARKT

Selbstbestimmung braucht finanzielle Unabhängigkeit. Mehr Frauen denn je sind berufstätig, doch sie verdienen durchgehend weniger als Männer. Viel zu oft arbeiten sie in Minijobs, prekärer Beschäftigung oder kurzer Teilzeit. Viele Frauen müssen jetzt schon mit wenig Rente auskommen, und diese Situation wird sich in Zukunft eher noch verschärfen. Die allermeisten Frauen wollen jedoch wirtschaftlich unabhängig sein. Sie wollen ihr Berufsleben aktiv mitgestalten und dabei genauso viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. Doch im Schnitt müssen sie sich mit 19 Prozent weniger Geld begnügen. Dass sie oft weniger verdienen als Männer, liegt auch daran, dass sie in schlechter entlohnten Berufen arbeiten. Viele Berufe mit hohem Frauenanteil im sozialen, erzieherischen und im Gesundheitssektor gilt es daher auch finanziell aufzuwerten. In anderen Branchen sind Frauen unterrepräsentiert – beispielsweise im IT-Sektor. Wir wollen Mädchen und Frauen für diese Berufe begeistern und ihre Leistungen sichtbarer machen.

Seit 2018 haben Angestellte in größeren Betrieben das Recht zu erfahren, wer wie viel verdient. Das Entgelttransparenzgesetz macht es möglich. Doch um verdeckter Diskriminierung entge-



*Entwicklung autonomer Fahrsysteme, Hochschule München,
Foto: picture alliance/imageBROKER*

genzuwirken, braucht es mehr. Denn bislang müssen betroffene Frauen individuell gegen solche Diskriminierung klagen – und das passiert kaum. Wir setzen uns deshalb für einen kollektiven Rechtsschutz und ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das Entgeltgleichheitsgebot ein.

WIR FORDERN:

- Ein Verbandsklagerecht, um leichter gegen Entgeltdiskriminierung vorgehen zu können
- Unterstützung für mehr Frauen in der IT-Branche

FÜR EINE GERECHTE STEUERPOLITIK

Im Steuerrecht haben Frauen die schlechteren Karten. Das Ehegattensplitting drängt berufstätige Frauen überwiegend in Steuerklasse V. Wegen der hohen Steuerbelastung bleibt netto weniger übrig; auch bei Lohnersatzleistungen, wie Elterngeld oder Kurzarbeitergeld, haben sie Nachteile. Viele Frauen „verdienen nur etwas dazu“. Das birgt allerdings ein großes Armutsrisiko, zum Beispiel, wenn die Ehe nicht hält. Wir setzen uns für andere Anreize ein und wollen das Ehegattensplitting für Neu-Ehen durch eine individuelle Besteuerung ersetzen und die Steuerklasse V abschaffen.

Foto: mauritius/Alamy



Prekäre Beschäftigungsformen wie Minijobs setzen ebenfalls Fehlanreize. Für viele Frauen sind Minijobs attraktiv, gerade weil sie von Steuern und Sozialversicherung befreit sind. Das wird jedoch zur Armutsfalle, denn oft zahlen sie jahrelang nicht in die Rentenkasse ein und sammeln keine Beitragszeiten an. Wollen oder müssen sie dann doch auf eigenen Füßen stehen, wird es schwer. Wir fordern deshalb, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu überführen.

WIR FORDERN:

- _____ Benachteiligungen bei Lohnersatzleistungen beseitigen
- _____ Das Ehegattensplitting abschaffen
- _____ Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen



Foto: picture alliance/ZB

AUFGABEN PARTNERSCHAFTLICH TEILEN

Viele Familien möchten partnerschaftlich leben, doch nicht immer stimmen die Voraussetzungen dafür. Hier kann Politik etwas tun. Wir Grüne im Bundestag setzen uns für eine neue Zeitpolitik ein. Gerade Menschen, die sich um andere kümmern, sollen mehr Handlungsspielraum bekommen. Bisher unterbrechen oder reduzieren meist die Frauen ihre Erwerbstätigkeit – mit erheblichen Auswirkungen auf ihr berufliches Fortkommen, auf ihre soziale Absicherung und ihre Rente. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die es Müttern und Vätern erlauben, ihre Arbeitszeit in besonders belasteten Phasen zu reduzieren.

Wer Kinder betreut, Angehörige pflegt oder sich weiterbildet, soll finanziell und rechtlich abgesichert die Arbeitszeit reduzieren können. Beschäftigte sollen mit einer „flexiblen Vollzeit“ zwischen 30 und 40 Wochenstunden ihre Arbeitszeit bedarfsgerecht anpassen können. Außerdem wollen wir ein echtes Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang für alle einführen, die in Teilzeit gehen. So ist es möglich, auf bestimmte Lebensphasen flexibel zu reagieren.

SELBSTBESTIMMT UND VIELFÄLTIG LEBEN

Ob als Single, berufstätig, alleinerziehend oder mit Partner*in: Frauen leben heute so, wie es ihnen gefällt – zum Glück. Sie wollen selbstbestimmt über ihr Leben und den eigenen Körper entscheiden.

Kinder spielen meistens eine zentrale Rolle. Ob Frauen sich nun für oder gegen ein Leben mit Kindern entscheiden, sie sollten die Wahl haben und sich auf ein Netz aus Unterstützung und Information verlassen können. Auch einige rechtliche Hürden, die ihnen das Leben schwer machen, wollen wir aus dem Weg räumen.

Alleinerziehende entlasten

Alleinerziehende – die allermeisten sind Frauen – haben in der Regel mehr zu kämpfen als Paarfamilien. Etwa 40 Prozent von ihnen leben unterhalb der Armutsgrenze. Sie haben zwar ein Anrecht auf einen staatlichen Unterhaltsvorschuss, wenn sie für ihre Kinder keinen oder zu wenig Unterhalt vom zahlungspflichtigen Elternteil erhalten. Allerdings müssen sie den Antrag dafür erst einmal stellen – und sich mit der Bürokratie herumschlagen. Das wollen wir ändern: Um Alleinerziehende zu entlasten, soll künftig der festgelegte Unterhalt automatisch beim Zahlungsverpflichtigen eingezogen werden.

Rechte für Regenbogenfamilien

Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben können, dazu müssen auch Regenbogenfamilien die gleichen Rechte haben. Ein überkommenes Abstammungsrecht steht dem jedoch im Weg. Wird ein Kind in eine heterosexuelle Ehe hineingeboren, sind beide Ehepartner automatisch Eltern mit allen Rechten und Pflichten. Es spielt keine Rolle, ob der Ehemann der biologische Vater ist. Nicht so bei der gleichgeschlechtlichen Ehe. Hier kann die Ehefrau der Mutter, also die Komutter, nur durch eine aufwändige und langwierige Stiefkindadoption zum zweiten Elternteil werden. Eine klare Diskriminierung. Den Umweg über eine Stiefkindadoption von Kindern lesbischer Paare wollen wir überflüssig machen. Die Reform des Abstammungsrechts ist überfällig.





Paragraph 219a StGB
kriminalisiert Ärzt*innen
und gehört deshalb
ABGESCHAFFT!

Schwangere gut begleiten

Die Geburt eines Kindes ist ein prägendes Ereignis. Eine gute und persönliche Begleitung bei Schwangerschaft und Geburt sollte selbstverständlich sein. Davon sind wir in Deutschland aber noch ein gutes Stück entfernt. Wir Grüne im Bundestag setzen uns für eine 1:1-Betreuung der Schwangeren durch eine Hebamme in den wesentlichen Phasen der Geburt ein, für die Etablierung von Hebammengeleiteten Kreißsälen und verbesserte Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe.

Schwangerschaft – ja oder nein?

Beim Thema Schwangerschaft stoßen Selbstbestimmung und Informationsfreiheit auch heute noch an ihre Grenzen. Ungewollt

Schwangere müssen jedoch eigenständig und umfassend informiert über einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden können. Dem steht der Paragraph 219a Strafgesetzbuch entgegen. Bis heute kriminalisiert er Ärzt*innen, die über die Möglichkeit eines Abbruchs umfassend informieren. Wir wollen diesen ideologisch motivierten Straftatbestand abschaffen. Auch das Versorgungsnetz mit Ärzt*innen, die Abbrüche durchführen, muss verbessert werden.

WIR FORDERN:

- — Alleinerziehende beim Unterhaltsvorschuss entlasten
- — Bei Frauenpaaren mit Kind muss die Ehefrau der Mutter automatisch als Elternteil anerkannt werden. Ebenso muss eine Mutterschaftsanerkennung für die Partnerin der Mutter möglich sein.
- — Frauen und Kinder in den Mittelpunkt der Geburtshilfe stellen
- — Frauen müssen im Fall einer ungewollten Schwangerschaft selbstbestimmt und informiert über ihren Körper entscheiden können.



Im Kampf gegen Sexismus, Hatespeech und Gewalt gegen Frauen im Internet müssen wir das **Netzwerkdurchsetzungsgesetz** weiterentwickeln.

MÄDCHEN UND FRAUEN BESSER SCHÜTZEN

Eine sexistische Bemerkung hier, ein anzüglicher Spruch dort, das ist weder im Alltag noch in der Arbeitswelt oder in der Politik akzeptabel.

Doch dabei bleibt es oft nicht: Zu viele Frauen und Mädchen erleben sexistische Übergriffe und Gewalt. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit – für viele keine Selbstverständlichkeit. Frauenhäuser bieten seit über 40 Jahren betroffenen Frauen und ihren Kindern Zuflucht und Schutz. Doch viele dieser Einrichtungen arbeiten mit knappem Budget, eine einheitliche Finanzierung gibt es nicht. Wir setzen uns deshalb für einen bundesweit einheitlichen Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung bei geschlechtsspezifischer Gewalt ein. Jede Frau, unabhängig von ihrer Wohnsituation, ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus, soll ein Anrecht darauf haben. Darüber hinaus fordern wir mehr ambulante und barrierefreie Beratungsstellen als Anlaufstelle für betroffene Frauen und zur Gewaltprävention.

Sicher im Netz

Frauen sollen sich im öffentlichen Raum sicher und selbstbewusst bewegen können. Dazu zählt auch das Internet als Ort der Information, des Austausches und der Begegnung. Doch auch dort treffen Frauen auf Sexismus, Hatespeech und Gewaltandrohungen durch Männer. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass Menschen, die stärker von Anfeindungen betroffen sind, auch besser geschützt werden. Dafür ist eine bundesweite Gesamtstrategie gegen Hass im Netz mit besonderem Blick auf Frauen erforderlich. Wir setzen uns für einen besseren Opferschutz ein, für mehr Präventions- und Bildungsarbeit und technische Lösungen für Behörden, um die Verfolgung von Hass im Netz zu verbessern. In diesem Sinn wollen wir das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), das Hetze und Fake News im Netz unterbinden soll, weiterentwickeln.

WIR FORDERN:

- _____ Schutz und Hilfe für jede von häuslicher Gewalt betroffene Frau
- _____ Mehr qualifizierte Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen
- _____ Entschieden gegen Hass und Sexismus im Netz vorgehen



Diese Zahl entspricht den Empfehlungen der Istanbul-Konvention, die Deutschland unterschrieben hat:

IN DEUTSCHLAND FEHLEN ANNÄHERND 15.000 PLÄTZE IN FRAUENHÄUSERN FÜR FRAUEN, DIE GEWALT AUSGESETZT SIND.

FEMINISTISCHE POLITIK WELTWEIT!

Grüne Frauenpolitik bedeutet, mit allen Frauen und marginalisierten Gruppen solidarisch zu sein – und zwar weltweit. Nach wie vor erfahren Mädchen und Frauen in allen Regionen der Welt strukturelle Diskriminierung. Gleiche Rechte werden ihnen verwehrt, und sie sind in besonderem Maße von Armut, Gewalt und Kriegshandlungen betroffen. In vielen Ländern steht das Recht von Frauen auf Selbstbestimmung unter Druck. Dem stellen wir uns in Solidarität mit Frauen weltweit entgegen und fordern: Außenpolitik muss feministisch sein.

Wir wollen, dass Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsziel auf EU-Ebene festgeschrieben wird, außenpolitische Initiativen der EU auf ihre geschlechtergerechte Wirkung überprüft werden und zivilgesellschaftliche Akteur*innen besser geschützt und gefördert werden. Wir wollen, dass in der deutschen Außenpolitik jede Art diplomatischer Verhandlungen, die Planung und Durchführung von Projekten wie auch das Engagement in multilateralen und supranationalen Organisationen darauf ausgerichtet ist, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Dahinter steckt eine klare Botschaft: Frauen und Mädchen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes, sicheres Leben und den gleichwertigen Zugang zu Ressourcen und Teilhabe. Wir arbeiten daran, es ihnen immer und überall zu ermöglichen.

WIR FORDERN:

- _____ Feministische Außenpolitik konsequent umsetzen
- _____ Frauen weltweit ein sicheres Leben ermöglichen



NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- — Auch für Alleinerziehende bessere Bedingungen schaffen (Fraktionsbeschluss vom 30.6.2020)
- — [gruene-bundestag.de](https://www.gruene-bundestag.de) » Themen » Frauen

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/25317 Feste Quote für Unternehmensvorstände (Antrag)
- 19/20038 Geschlechtergerecht aus der Corona-Krise (Antrag)
- 19/15380 Verantwortung für Frauen in Frauenhäusern übernehmen (Antrag)
- 19/7920 Feministische Außenpolitik (Antrag)
- 19/1192 Entgeltdiskriminierung verhindern – Verbandsklagerecht einführen (Antrag)
- 19/630 Änderung des Strafgesetzbuches – Aufhebung von § 219a StGB (Gesetzentwurf)

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Ulle Schauws MdB
Sprecherin für Frauenpolitik

Arbeitskreis 5
Wissen, Generationen &
Gesundheit

TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.